Kölner Stadt-Anzeiger Freitag, 26. November 2021

Autos und Autobahnen sind (fast) allgegenwärtig in Leverkusen, wie hier in Manfort. Gegen Straßenausbau stellen sich viele. Ihre Hoffnung lag auf einem Bundesverkehrsminister von den Grünen . Dieser Wunsch geht nicht in Erfüllung. Foto: Ralf Krieger

Von Hoffnung bis Enttäuschung

Im Koalitionsvertrag liest man keine klare Aussage zu Autobahn-Ausbauplänen

VON RALF KRIEGER

Die Hoffnung vieler Leverkusener lag seit der Bundestagswahl auf der neuen Koalition. Eine Wende bei den begonnenen Planungen zur A3-Erweiterung schien wahrscheinlich. Sogar eine Rücknahme des für die Stadt kaum tragbaren A1-Ausbaus schien möglich. Zwar hat sich die Grünen-Abgeordnete Nyke Slawik schon zuversichtlich zum Thema geäußert, aber eigentlich bekamen die Autobahn-Kritiker am Mittwoch einen gehörigen Dämpfer, denn den Verkehrsminister werden nicht die Grünen stellen, sondern es soll Volker Wissing von der FDP werden. Eine umfassende Verkehrswende, weg von Auto und Autobahn-Ausbau, scheint damit nicht sehr wahrscheinlich. Die Bürgerinitiative „3reicht.de" teilte in einer Stellungnahme mit, man sei vom Koalitionsvertrag „bitter enttäuscht".

Was aber sagt der Ampel-Koalitionsvertrag zu den für Leverkusen wichtigen Autobahn-Fragen?

Dort steht, dass die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur erhöht und langfristig abgesichert werden sollen. Das könnte weiteren Autobahnausbau bedeuten. Allerdings will die Ampel-Koalition bei den Bundesfernstraßen den Fokus stärker auf Erhalt und Sanierung legen, mit besonderem Schwerpunkt auf Ingenieurbauwerke. Dafür soll es bis 2025 mehr Geld geben, man wird im Etat umschichten müssen, falls der nicht erhöht wird.

> Massive umweltschädliche Erweiterungen ein für alle Mal ad acta legen
>
> **Nyke Slawik**, Bundestagsabgeordnete der Grünen

Die Koalition will erheblich mehr in die Schiene als in die Straße investieren, sowohl den Güterverkehr als auch den Personenverkehrszahlen erheblich erhöhen. Aus Leverkusener Sicht ist das eine gute Nachricht, außer vielleicht für die Anwohner der Güterzugstrecken.

Auch den geltenden Bundesverkehrswegeplan, der Leverkusen die Ausbaupläne für die Autobahnen A 3 beschert hat, will man überprüfen. Dazu sollen laut Koalitionsvertrag Umwelt-, Wirtschafts- und Verbraucherschutzverbände einbezogen werden. Bis dahin soll es eine gemeinsame Abstimmung über die laufenden Projekte geben – also auch die Ausbaupläne im Bereich Leverkusen.

Der Leverkusener SPD-Bundestagsabgeordnete Karl Lauterbach sagt: „Der Koalitionsvertrag lässt keine Rückschlüsse zu, was in Leverkusen an den Autobahnen passieren wird. Es kommt auf den Verkehrsminister an." Er sagt, es gebe jetzt aber eine bessere Grundlage als zuvor und er wolle gemeinsam mit Nyke Slawik an einer für Leverkusen guten Lösung arbeiten.

Den folgenden Satz aus dem Koalitionsvertrag werden die Gegner der geplanten Raststätte an der A1 aber sicherlich mit hochgezogenen Augenbrauen lesen: „Sichere Lkw-Stellflächen an und um Autobahnen werden wir ausbauen."

Der Kampf scheint also weiterzugehen.